

12

Freie Demokraten

Seefeld FDP

Seefeld liberal

www.fdp-seefeld.de

Britta Hundesrügge Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liberale Wertegemeinschaft,

es sind nur noch drei Monate, dann ist die Zeit ohne FDP im Deutschen Bundestag vorbei. Davon bin ich fest überzeugt und dafür werde ich bis zum 24. September kämpfen. Wir alle erleben täglich, wie sehr eine liberale Kraft im höchsten deutschen Parlament vermisst wird. Gerade erst wurde der sogenannte „Staatstrojaner“ im Parlament verabschiedet. Er erlaubt staatlichen Behörden u.a. das Abhören von Social Media Posts und Korrespondenz. Für uns Freie Demokraten ein massiver Eingriff in den Datenschutz und in die Privatsphäre. Das Thema Sicherheit und Freiheit ging in der vergangenen Legislaturperiode ganz klar zu Lasten der Freiheit. Das muss sich ändern.

Im Kreisverband Starnberg haben wir uns drei Themenschwerpunkte für den Bundestagswahlkampf gesetzt: Sicherheit und Freiheit in einem geeinten Europa mit offenen Grenzen; Wirtschaft und Wohlstand durch Freie Märkte und Digitalisierung sowie Bildung und Qualifikation für Kompetenz und Innovation. Die FDP ist die Zukunftspartei und als solche setzen wir uns für den Arbeitsmarkt 4.0 ein, d.h. flächendeckendes Breitband, Ausbau der verkehrstechnischen Infrastruktur, ein Einwanderungsgesetz um Fachkräftemangel vorzubeugen und zu beheben. Meine große Leidenschaft ist die Bildungspolitik. Seit Jahren leite ich den Landesfachausschuss Bildung in der FDP. Bildung heißt für mich lebenslanges Lernen. Innovation und Kompetenzen sind die Voraussetzungen unseres Wohlstands, schaffen Arbeitsplätze und schützen vor sozialem Abstieg. Daher benötigen wir vermehrt Duale Studiengänge, Angebote in Digitaltechnik und Medienkompetenz. Beste Bildung beginnt schon im Kleinkindalter. Deshalb fordern wir durchgehende Ganztagesbetreuung von der KiTa bis

zum Schulabschluss. Jeder junge Mensch muss gleiche Chancen haben unabhängig vom Elternhaus.

Die Politik der Zukunft sollte auch von Politikern mit Zukunft gestaltet werden! Ich bin Mutter von drei Kindern, evangelisch, Journalistin, ehrenamtlich tätig, Kreis- und



Britta
Hundesrügge

Gemeinderätin. Für mich ist es oberstes Ziel meinen Kindern und nachfolgenden Generationen ein Land zu schaffen und zu erhalten, das ihnen Frieden, Sicherheit und Wohlstand sowie ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Weltoffenheit und Internationalität sind die Basis für unser Zusammenleben und für den

Wirtschaftsstandort, in dem wir leben und den wir unsere Heimat nennen.

Lassen Sie uns gemeinsam unsere Heimat zukunftsfähig gestalten! Geben Sie am 24. September beide Stimmen der FDP!

Das Krankenhaus Seefeld muss bleiben

Roland Werb

Wir in der Gemeinde Seefeld sind eine der ganz wenigen Kommunen dieser Größenordnung, die das Privileg besitzen, ein eigenes Krankenhaus im Ort zu haben. Unser Krankenhaus übernimmt seit Jahren überörtliche Versorgungsaufgaben für den westlichen Landkreis und darüber hinaus. Vermutlich jeder, der in den vergangenen Jahren einmal für sich oder einen Angehörigen die Dienste dieses Hauses in Anspruch genommen hat, konnte sich von der hohen Qualität der Patientenversorgung überzeugen. Unser Krankenhaus hat zweifellos einen guten Ruf!

Dennoch mussten wir in den letzten Jahren mit ansehen, wie unser Krankenhaus in eine wirtschaftliche Schieflage geraten ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig, haben sicher auch ihre Ursache in Managementfehlern der Vergangenheit, -auch erstaunt mich als Laie, wie es sein konnte, dass das alles so plötzlich ans Licht kam. Sei es drum – die Situation ist wie sie ist, man muss nun nach vorne schauen. Aus meiner Sicht muss alles getan werden, um unser Krankenhaus zu erhalten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist zum einen die Kooperation mit anderen Häusern, ein Weg, der mit dem Zusammengehen mit dem Klinikum in Starnberg bereits besritten wird. Zum anderen hat man sich über die derzeitige Größe Gedanken zu machen. Es ist nämlich in der Branche unbestritten, dass zum Überleben eines Krankenhauses eine gewisse Mindestgröße unabdingbar ist. Landauf, landab ist zu konstatieren, dass kleine Häuser dichtgemacht werden. Medizintechnik ist heute sehr teuer und wenn man zum Erhalt einer zeitge-



müssen medizinischen Versorgung bestimmte teure Geräte vorhalten muss, dann braucht man eine bestimmte Mindestzahl von Patienten und damit Betten, damit sich das Ganze rechnet.

Daher gibt es zur Zeit Überlegungen für eine Erweiterung unseres Krankenhauses. Diese Überlegungen sind nach meiner Wahrnehmung ergebnisoffen und sollten es auch bleiben.

Mehrere Alternativen sind denkbar:

Erweiterung am vorhandenen Standort

Neubau an einem anderen Standort in der Gemeinde. Und nun ist in diesem Zusammenhang unter anderen auch ein Areal gegenüber dem Technologiepark in dem Dreieck zwischen der Staatsstraße und der Straße nach Auing ins Gespräch gekommen. Sofort hat sich, wie heute bei neuen Projekten (obwohl das noch gar kein konkretes Projekt ist) üblich, reflexartig eine Bürgerinitiative gebildet. Von ihr wurde jetzt bereits ein Bürgerbegehren gestartet.

Dabei ist noch gar nicht klar, ob ein Alternativstandort überhaupt benötigt wird.

Auch mir wurde die Unterschriftensammlung zur Unterzeichnung vorgelegt. Dem Vernehmen nach wurden sogar Kinder herumgeschickt, mit dem Hinweis, man solle da mal unterschreiben; es ginge um die Eichenallee. Ich habe mich entschieden, dies nicht zu unterschreiben. Hier wird versucht durch Aufzeigen von Negativszenarien den Bürger zu manipulieren und gegen Manipulationen, ob von staatlicher Seite oder von lautstarken Minderheiten bin ich als liberal denkender Mensch allergisch.

Wer will denn wirklich einen einzigen Baum der Eichenallee fällen? Kann man nicht einer ausufernden Folgebebauung baurechtlich wirksam einen Riegel vorschieben? Alle Alarmglocken schrillen aber bei mir, wenn ich Folgendes in dem Unterschriftenaufruf der Bürgerinitiative lese:

„ für eine eingehende Prüfung, ob ein neues Krankenhaus dieser Dimension im Landkreis überhaupt benötigt und ausgelastet wird (keine Verschwendung von Steuergeldern)“

Sind die Initiatoren wirklich so naiv, vor den Gesetzen des Marktes die Augen zu verschließen – und die medizinische Versorgung ist ein Markt, ob man das nun gut findet oder nicht? Glaubt man allen Ernstes, dass jemand ohne wirtschaftlichen Grund einfach zum Spaß ein größeres Krankenhaus bauen möchte? Um absichtlich Steuergelder zu verschwenden? – Lächerlich!

Die Initiative spielt hier ein hochgefährliches und verantwortungsloses Spiel mit dem Feuer und dem Risiko, dass wir unser Krankenhaus verlieren. Jeder Krankenhausbetreiber wird vor diesem Hintergrund sofort nach weiteren Alternativen Ausschau halten -die Gemeinde Andechs hat schon Interesse angemeldet.

Mit einer solchen Einstellung und Geisteshaltung hätten wir heute keine 3M und keine

TQ-Systems, Firmen, die mit Ihren Gewerbesteuerzahlungen maßgeblich zum Wohl der Gemeinde und ihrer Bürger beitragen. Wir sind alle für den Erhalt der Eichenallee, aber muss das mit der Krankenhausfrage in Widerspruch gebracht werden? Ich denke nein. Wir sind:

- Für den Erhalt des Seefelder Krankenhauses
- Für eine objektive und sachgerechte Bewertung und Abwägung aller Alternativen
- Für die Generalsanierung der Klinik am bisherigen Standort und die gleichzeitige Prüfung von Alternativen, damit ein Plan B verfügbar ist

Das Einheimischenprojekt an der Spitzstraße in Hechendorf

Dr. Oswald Gasser

Kürzlich sind an der Spitzstraße in Hechendorf die Bagger aufgefahren um das geplante Baugebiet zu erschließen. Die Gemeinde Seefeld stellt dort 30 Grundstücke für Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser zur Verfügung. An der Kriterien zur Vergabe an interessierte Bürger wird derzeit noch gearbeitet.

Einheimischenmodelle waren über viele Jahre ins Visier der europäischen Behörden geraten, weil sie eine der Grundfreiheiten der Gemeinschaft zu verletzen schienen, nämlich die Freiheit des Personenverkehrs in der Union. Inzwischen wurde mit der Europäischen Kommission eine Einigung erzielt, wonach Einheimischenmodelle unter bestimmten Randbedingungen zulässig sind. Die Gemeinde Seefeld macht in ihren Zulassungskriterien davon Gebrauch, so dass für die Vergabe Rechtssicherheit besteht. Wichtigste Änderung ist, dass die Wohndauer in der Gemeinde nicht mehr als Zulassungsvoraussetzung gewertet werden darf, sondern nur noch die wirtschaftliche Lage (Einkommen und Vermögen) der Bewerber. Die Wohndauer kann dann bis zu 50% in die Punktzahl für die Reihenfolge der Vergabe einfließen. Kinderzahl, Behinderung, Einkommens- und Vermögenshöhe und aktive ehrenamtliche Tätigkeit führen neben der Wohndauer in der Gemeinde zu weiteren Punkten. Schwierigkeiten könnte die Bestimmung bereiten, dass das Vermögen der Bewerber den Grundstückswert nicht übersteigen darf. Es muss geklärt werden, wie der Zugriff auf einzelne Bauplätze



entsprechend gestaltet werden kann.

Aus sozialer Sicht ist nach unserer Auffassung zu beachten, dass die Unterstützung der Bewerber für ihr Bauvorhaben in einem verhältnismäßigen Rahmen bleibt und auch die Folgekosten, die für die Gemeinde durch die Ausweisung eines neuen Wohngebiets entstehen (Kinderkrippen und -gärten, Schulen), Berücksichtigung finden. Wir haben daher vorgeschlagen, die Grundstückspreise durch einen Abschlag vom derzeitigen Bodenrichtwert festzulegen. Die Grundstücke sollen nach ihrer Wertigkeit mit unterschiedlichen Abschlägen angeboten werden. So könnte der Quadratmeterpreis des Bauplatzes für ein Reihemittelhaus z. B. 200,- unter dem Bodenrichtwert liegen, während für den Grund für eine Doppelhaushälfte nur ein Abschlag von 100,- anfallen könnte. Damit sollen auch Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden.

Die Vergabe der Grundstücke soll noch in diesem Herbst erfolgen, so dass im Frühjahr 2018 die Bautätigkeit beginnen kann. Die Gemeinde leistet so einen wichtigen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot auf dem Eigenheimsektor. Auch der Mietwohnungsbau wird weitere Unterstützung erfahren: Wir befürworten, dass die Mehrfamilienhäuser auf diesem Gelände nach einem Genossenschaftsmodell errichtet und vermietet werden, wie es bereits an der Hedwigstraße in Oberalting geplant ist. Die dort aktive MARO-Wohnbaugenossenschaft hat dazu ein interessantes Angebot unterbreitet. Und nicht zuletzt sollen auch auf dem Oberfeld weitere Mietwohnungen entstehen. Wir freuen uns sehr, dass das Wohnungsangebot in der Gemeinde Seefeld in einigen Kategorien deutlich verbessert wird!

Genossenschaftsmodell Hedwig-Str.

Friedrich Hanrieder

Der Seniorenbeirat Seefeld versucht nun schon seit 5 Jahren eine Möglichkeit für erschwinglichen Wohnraum für die ältere Generation zu schaffen. Um den Bedarf zu ermitteln wurde schon im Juni 2013 ein Fragebogen entwickelt, ca. 2500 wurden an Bürger über 50 Jahren verschickt, davon kamen 933 Bögen ausgefüllt zurück. 584 Bürgern konnten sich vorstellen in einer Seniorenwohnanlage zu leben.



Schon die städtebauliche Untersuchung vom November 2012 hatte ergeben, dass Seefeld mehr altengerechte Wohnungen braucht. Das

war der Anlass mit Bürgermeister Gum über ein geeignetes Grundstück zu sprechen. Dabei wurde ein gemeindeeigener Grund in der Hedwigstrasse neben dem Kindergarten in Aussicht gestellt. Der Seniorenbeirat nahm nun Verbindung zu potentiellen Investoren auf, die sich mit dem Thema Wohnen im Alter beschäftigen.

Als besonders interessant stellt sich dabei die Fa. Erlbau aus Deggendorf heraus, deren hauptsächliche Arbeit Schaffung von Altenwohnanlagen ist. In einer Gemeinderatssitzung im Januar 2014 wurde erstmals ein Grobkonzept der Fa. Erl-Bau vorgestellt. Grundsätzlich standen die Räte dem Konzept positiv gegenüber. Die Vertreter der Fa. Erlbau, sollten nun die Pläne weiterentwickeln. Im Juni 2014 wurde dann eine Planung der Fa. Erlbau dem Gemeinderat vorgestellt. Das Gremium wandte sich nach der Beratung mit dem städtebaulichen Architekt Frank Reimann, zur Enttäuschung des Seniorenbeirats, von dem Projekt ab. In einem Bericht im Münchner Merkur vom 06.06.2014 heißt die Überschrift „Kein Seniorenprojekt auf dem Filetgrundstück der Gemeinde“.

Die Enttäuschung wurde aber bald überwunden und es gab weitere Gespräche mit dem Bürgermeister. Vier weitere Grundstücke wurden untersucht und als nicht geeignet eingestuft. Immer in Verbindung mit der Fa. Erlbau. Es war nun klar, der Seniorenbeirat musste nun einen anderen Weg gehen. Die Idee war dann ein Projekt an der Hedwigstraße als Genossenschaftsmodell zu entwickeln. Das konnte sich auch die Gemeinde vorstellen, nicht mehr dreigeschossig, sondern nur noch 2 Stockwerke, mit einer Tiefgarage um die Parksituation zu verbessern. Der entscheidende Grund war aber auch, dass die Belegung immer zweckgebunden bleiben kann.

Der Seniorenbeirat nahm dann Kontakt zu der bestehenden Genossenschaft MARO auf, deren Spezialität Bau von seniorengerechten Wohnungen ist. Deren Sitz ist in Ohlstadt und diese hat in unserer Region schon einige Projekte entwickelt.

In einigen Sitzungen mit dem Gemeinderat stellte sich dabei heraus, dass Vertreter der Genossenschaft mit ihren Planungs Ideen die Zustimmung von Bürgermeister und Gemeinderat fanden. Schwierigkeiten wurden ausgeräumt, als sich nun noch herausstellte, dass einige Quadratmeter noch der Kirche gehörten und Anlieger noch Bedenken hatten. Nun hofft der Seniorenbeirat, dass in der letzten Sitzung vor den Ferien ein Bebauungsplan auf den Weg gebracht wird. Damit wäre dann der Startschuss gegeben für ein Projekt das

hoffentlich Beispiel für weitere Wohnmodelle z. B. auch in Hechendorf ist. Wir brauchen in unserer Gemeinde mehr bezahlbare Wohnbebauung für die Bevölkerung.

Neues vom geplanten Gymnasium in Herrsching

Dr. Oswald Gasser

Die Freien Demokraten im Landkreis Starnberg und in Seefeld haben immer wieder darauf hingewiesen: Der westliche Teil des Landkreises Starnberg ist mit Gymnasien unterversorgt - für die ca. 55.000 Einwohner gibt es nur ein Gymnasium, während den ca. 75.000 Einwohnern des östlichen Landkreisteils drei öffentliche Gymnasien (in Tutzing, Starnberg und Gauting) zur Verfügung stehen. Endlich wurde dann vor fast vier Jahren die beim Kultusministerium beantragte Neugründung eines weiteren Gymnasiums in Herrsching genehmigt. Das pädagogische Konzept, der Raumbedarf und die Grundstücksfrage für den Neubau sind seit mehr als einem Jahr geklärt. Die bauliche Umsetzung muss jetzt zügig angegangen werden.



Der Kreistag hat beschlossen, dass das Bauprojekt „Gymnasium Herrsching“ als Forschungsprojekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zügig erfolgen soll. Dies erfordert die Stellung von 2 Förderanträgen und die Abarbeitung von 22 Arbeitspaketen, die sich ergeben aus den Themen:

1. Schulbau im städtebaulichen Kontext
- Einbindung der Schule in das Gelände unter Beteiligung der Fachingenieure
2. Schulbau
- Finden von architektonischen Antworten auf die neuen pädagogischen Ansätze
3. Atmosphäre – der Mensch im Mittelpunkt
- Suche nach der anregenden "Wohlfühlatmosphäre" für erfolgreiches Lernen durch Verwendung natürlicher Materialien und unbehandeltem Holz – z.B. regionalem Buchenholz
4. Tragstruktur

 - Sichtbare Verwendung des Buchenholzes für die Tragstruktur der Schule und der Sporthalle
 - Verwendung von Buchenholz bei Parkierungsanlagen
 - Verwendung von Buche aus der Umgebung von Herrsching
 - Holz-Beton-Verbunddecken mit Bewehrung aus nichtmetallischen Fasern
 - Integrative Ausführung von Holzbau und

Haustechnik

- Vorfertigung Holzbau
- Tragwerk Turnhalle
- 5. Klima + Energie: Low Tech Systeme und Niedrigstenergiestandard
- Integration in Gebäudekonzept mit natürlichen Lüftungskonzept und einfacher Wartung
- Ganzheitlicher Ansatz zur direkten Nutzung von IT-Abwärme
- Fassadensystem, Natürliche Lüftung und passive Klimatisierung
- 6. Schulerweiterung
- Durch modulare Bauweise mit wiederverwendbaren, demontierbaren und umsetzbaren Bauteilkomponenten Ressourcen schonen
- 7. Flächeneffizienz und pädagogische Nutzungsqualität
- Integration des pädagogischen Anforderungsprofils in den integralen Planungsprozess unter Beachtung der

 - unterschiedlichen Sozialformen im Unterricht
 - Individualisierung von Lernprozessen
 - Vielfalt der Unterrichtsmethoden
 - Bewegung und Begegnung – Ruhe und Rückzug

Eine Planergruppe bestehend aus erfahrenen Fachleuten hat sich dieser Themen angenommen und wird hoffentlich in absehbarer Zeit zu einem umsetzbaren Bauplan und zur verlässlichen Kostenermittlung kommen.

Bereits im Frühjahr 2018 soll das Gelände am Ortsausgang von Herrsching in Richtung Andechs, kurz vor der Abzweigung nach Weilheim, durch einen Kreisverkehr erschlossen werden. Die entsprechenden Planungen des Straßenbauamts Weilheim stehen kurz vor der Fertigstellung.

Herrsching wird also ein pädagogisch und ökologisch fortschrittliches Gymnasium mit optimierten Betriebskosten erhalten. Hoffentlich bleiben die Baukosten im Rahmen, damit die immer noch bestehenden Vorbehalte insbesondere bei den Freien Wählern des Landkreises in den Griff zu bekommen sind. Ein genauer Zeitplan ist noch nicht absehbar. Für die weitere Planungs- und die Bauphase sind aus unserer Sicht ca. 4 Jahre zu veranschlagen.

Die Freien Demokraten im Landkreis werden auf jeden Fall dieses Projekt des Gymnasiumsneubaus nach Kräften unterstützen. Seine Realisierung ist uns sehr wichtig und über die Jahre zu einer Herzensangelegenheit geworden. Wir werden versuchen, auch die Gegner noch zu überzeugen!

Seefeld
liberal
www.fdp-seefeld.de

**NEHMEN SIE SICH
DIE FREIHEIT,
UNSER LAND
ZU GESTALTEN.**

**JETZT
MITGLIED
WERDEN.**

**Sie wollen die Politik in Kommune, Bund und Land
mit gestalten?**

**Sie suchen eine Partei, die zuerst an die Menschen
denkt?**

**Für Sie sind Freiheit und Verantwortung wichtige
Werte?**

**Dann kommen Sie zu den Freien Demokraten in
Seefeld!**

**Rufen Sie uns an: 08152-78519 (Dr. Oswald Gasser)
Oder senden Sie uns ein Mail: oswald.gasser@t-online.de**

**Nie war es einfacher,
alles besser zu machen.**

**jetzt
mitglied
werden.**

FDP in Seefeld